

262717-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen in der Tragwerksplanung – Leistungen der Tragwerksplanung nach HOAI 2021/RBBau, Sanierung Kavalierhaus/Künstlerhaus Schloss Rheinsberg

OJ S 75/2026 17/04/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

E-Mail: vergabestelle@spsg.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Freizeit, Sport, Kultur und Religion

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Leistungen der Tragwerksplanung nach HOAI 2021/RBBau, Sanierung Kavalierhaus /Künstlerhaus Schloss Rheinsberg

Beschreibung: Vergabe der Leistungen der Tragwerksplanung nach HOAI 2021, Sanierung Kavalierhaus / Künstlerhaus Schloss Rheinsberg

Kennung des Verfahrens: a48d8418-a023-462d-8121-99c627d551f5

Interne Kennung: 2263024

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Schloß Rheinsberg 2

Stadt: Rheinsberg

Postleitzahl: 16831

Land, Gliederung (NUTS): Ostprignitz-Ruppin (DE40D)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXURYYDYTQHV6RLF# Unter <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPCenter/company/welcome.do> können Vergabeunterlagen kostenlos angefordert und heruntergeladen und Nachrichten der Vergabestelle eingesehen werden. Zum Download der Unterlagen wird keine zusätzliche Software benötigt. Die Beantwortung von Bieteranfragen sowie sämtliche Kommunikation zwischen Bietern und der Vergabestelle erfolgt ausschließlich über das o.g. Vergabeportal.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen

Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der

Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl

zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil

(Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen

ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden

kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Die

Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123,

124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem

Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische)

als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz

gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein

Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann.

Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

Betrug: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen

Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein

Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann.

Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

Korruption: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen

Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein

Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann.

Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Die Ausschlussgründe nach GWB 4.

Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen

Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen

werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative

(ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Die Ausschlussgründe nach

GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen

Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen

werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative

(ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Die

Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123,

124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem

Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische)

als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil

(Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen

ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Zahlungsunfähigkeit: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123,

124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Leistungen der Tragwerksplanung nach HOAI 2021/RBBau, Sanierung Kavalierhaus /Künstlerhaus Schloss Rheinsberg

Beschreibung: Bei dem Gebäudekomplex "Kavalierhaus" handelt es sich um ein Agglomerat mehrerer Bauten aus unterschiedlichen Errichtungszeiten. Seine heutige Gestalt und Größe ist das Ergebnis mehrfacher Erweiterungen und Umgestaltungen. Nach Entwürfen von Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff wurde der mittige Kernbau 1738-1740 zur Unterbringung des Hofstaates vis à vis der Schlossinsel erbaut. Unter Prinz Heinrich wurde dieser in den 1760er Jahren mit rückwärtigen Anbauten, dem seeseitigen sog. Domestikenhaus und dem stadtseitigen Marktflügel bzw. Amtshaus, zum Kavalierhaus aufgewertet. Mit der Erbauung des vorgelagerten Theaterflügels mitsamt eines Kulissenhauses und des Neuen Flügels entstand ein repräsentatives, in die Parkanlage eingebettetes Ensemble, das sich gestalterisch als Dreiflügelanlage zum Schloss orientiert. Anhand der Grundrisstruktur sind trotz historischer wie jüngster Um- und Ausbauten, Teilerstörungen in Folge von Leerstand im 19. Jahrhundert bzw. in Folge des Zweiten Weltkriegs und des Verfalls in den Nachfolgedekaden noch heute die vielschichtigen Bauphasen ablesbar. Zuletzt fanden in den 1990er und in den 2010er Jahren folgende Baumaßnahmen statt: am Neuen Flügel und am Marktflügel Fassaden- und Dachinstandsetzungen; am Theaterflügel Fassadensicherungen, die Rekonstruktion des Daches und der Innenausbau als neues Theater und jüngst die Dach- und Innenrauminstandsetzungen am Marktflügel. Anstelle des verlorenen Domestikenhauses wurde 1997-1999 ein neues Gästehaus errichtet. Der Gebäudekomplex ist ein elementarer Bestandteil der einzigartigen Gesamtanlage des Schlosses. Als einst repräsentatives Kavalierhaus und zugleich Bestandteil des Musenhofs unter Prinz Heinrich spiegelt es einen wichtigen Part des gesamten bau- und kunsthistorischen Entwicklungsprozesses des 18. Jahrhunderts in Rheinsberg wider. Der Fokus denkmalpflegerischer Bemühungen am Kavalierhaus lag und liegt auf dem Erhalt der überkommenen Gebäudebestandteile aus der Zeit des Rokoko bzw. des Frühklassizismus. Die Leistungen der Tragwerksplanung werden ihren Schwerpunkt im Neuen Flügel (Teil des Kavalierhauses) haben. Optional können bei der Strangsanierung im Künstlerhaus Leistungen abgerufen werden, siehe hierzu auch die Datei Aufgabenstellung und 202509_Plansatz_Bearbeitungsgrenzen.pdf. Die noch unsanierten, denkmalgeschützten Teile des Neuen Flügels im Erd- und Obergeschoß sind bei maximalem Erhalt die historischen Raumboflächen zu modernisieren. Im Erdgeschoss werden darüber hinaus auch die alten Installationsleitungen für Waschbecken aus der Sanatoriumszeit zurück

gebaut. Die Funktionsbereiche: Proberäume der städtischen Musikschule und der MKR, Empfang, Verwaltung, Notenarchiv sollen neu organisiert werden. Die vorhandene Raumdisposition und Raumschließung sollen möglichst nur in geringem Umfang verändert werden. Dabei ist mit Rücksicht auf die denkmalgeschützte Bausubstanz entsprechend umsichtig zu planen und vorzugehen. Der laufende Betrieb der MKR ist nach Möglichkeit nicht durch die Baumaßnahmen zu stören. Ergänzend zur Planung und Baudurchführung durch die koordinierende Objektplanerin werden weitere Fachplaner im Planungsprozess hinzugezogen werden. Dies werden u.a. sein: Fachplanung Technische Ausrüstung, Restaurierungsplanung und Gutachter. In 2024 wurde als Grundlage der Planung ein Raumbedarfsprogramm der MKR (MusikKulturRheinsberg) genehmigt. Darauf basierend wurde ein Bedarfsprogramm (Stand 05.05.2025) erstellt und mit Datum vom 14.05.2025 genehmigt. Innerhalb des Neuen Flügel (19.JH.) liegen bisher unbekannte Schadstoffbelastungen vor. Die Dekontaminierung soll auf Grundlage eines zu erstellenden Schadstoffgutachtens durch Maßnahmen, die im Zuge der Planung bestimmt werden, erfolgen. Bei der Sanierung sind in besonderem Maß die Belange des baulichen Denkmalschutzes zu beachten, alle Maßnahmen sind im Vorfeld der Ausführung und im Fortschritt der einzelnen Planungsschritte mit der SPSG als Untere Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesdenkmalamt als Obere Denkmalschutzbehörde abzustimmen. Die vorläufig anrechenbaren Kosten der KG 300 + 400 für die Leistungen der Tragwerksplanung betragen 633.222,14 EUR netto.
Interne Kennung: 2263024

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der ausgeschriebene Leistungsumfang der Fachplanung der Tragwerksplanung entspricht den Leistungsstufen 1 bis 4 mit besonderer Leistung in Stufe 5 mit den Leistungsphasen 2 bis 6 gem. Leistungen der RBBau-Musterverträge Tragwerksplanung (siehe die beiden Anlage VM2-2 - spezifische Leistungspflichten ES-Bau und LP 2 bis 6). Mit dem Vertrag Entscheidungsunterlage Bau (ES-Bau) erfolgt in einer ersten Stufe die Beauftragung der Planungsleistungen zur Erstellung der ES-Bau (Leistungsphase 2 gem. HOAI). Gleichzeitig wird ein Vertrag Tragwerksplanung über die stufenweise Beauftragung der weiteren Leistungsphasen 3 bis 6 abgeschlossen. Alle Leistungsstufen, die der Auftraggeber mit dem Vertrag Tragwerksplanung vereinbart, stehen unter der aufschiebenden Bedingung, dass der Auftraggeber sie schriftlich abrufen. Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung weiterer Leistungsstufen nach der Erbringung der ES-Bau besteht nicht. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Leistungen der weiteren Leistungsstufen zu erbringen, wenn der Auftraggeber sie ihm überträgt. Alles Weitere regelt § 4 des Vertrags. Für den Abschluss der LP 2 besteht nachfolgende Terminvorgabe: Die Einreichung einer prüffähigen ES-Bau (nach RBBau 19.AT) bei der prüfenden Stelle muss zwingend innerhalb des Jahres 2026 erfolgen. Diese Terminierung versteht sich als essentieller Meilenstein für die Projektbearbeitung. Bei Nichteinhaltung der oben genannten Frist droht der Entfall sämtlicher Projektförderungen und damit die Nichtrealisierbarkeit des Projektes. Neben den Grundleistungen soll die nachfolgend genannte besondere optionale Leistungen erbracht werden: Ingenieurtechnische Kontrolle der Ausführung des Tragwerks auf Übereinstimmung mit den geprüften statischen Unterlagen. Die Vergütung wird wie folgt festgelegt - 1,5 v.H.-Satz des 100% Honorarbasissatz einschl. Umbauzuschlag. Ein Abrufen der besonderen Leistung erfolgt bei Bedarf durch den Auftraggeber. Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung besteht nicht. Für den Fall, dass zusätzliche, bisher nicht benannte Leistungen erforderlich sein sollten, sind die Stundensätze für den Auftragnehmer, für Mitarbeiter und technische

Zeichner bzw. sonstige Mitarbeiter, die technische oder wirtschaftliche Aufgaben erfüllen, anzubieten. Geplanter Zeitrahmen voraussichtlich: Beauftragung: bis 05/2026; Planung (LP 2): 05/2026 - 11/2026; Planung (LP 3 - LP 4): 02/2027 - 05/2028; Planung (LP 5-7): 05/2028 - 09/2029; Baudurchführung (LP 8): 10/2030 -04/2031; Übergabe nach Abschnitt H RBBau: bis 06/2031.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Schloß Rheinsberg 2

Stadt: Rheinsberg

Postleitzahl: 16831

Land, Gliederung (NUTS): Ostprignitz-Ruppin (DE40D)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 20/05/2026

Enddatum der Laufzeit: 31/05/2031

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch

geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:other-sme# Gewichtung: Preis: 35 %

Qualifikation und Erfahrung des betreuten Personals: 30 % Referenzen: 35 % Die Eignungs-

und Zuschlagskriterien liegen den Vergabeunterlagen bei. Geplanter Zeitraum voraussichtlich:

Geplanter Zeitrahmen voraussichtlich: Beauftragung: bis 05 /2026; Planung (LP 2): 05/2026 -

11/2026; Planung (LP 3 - LP 4): 02/2027 - 05/2028; Planung (LP 5-7): 05/2028 - 09/2029;

Baudurchführung (LP 8): 10/2030 -04/2031; Übergabe nach Abschnitt H RBBau: bis 06/2031.

Die Vergabe erfolgt stufenweise nach RBBau. Folgende Angaben sind mit den Angebotsunterlagen einzureichen: kurzer beruflicher Werdegang der für das Projekt verantwortlichen Personen mit Nachweis der beruflichen Qualifikation; Nachweis

Berufshaftpflichtversicherung; Nachweis jeder genannten Referenz im Formular

Zusatzerklärung_Eignung_Zuschlagskriterien.xlsx auf 1 DIN A4; ggf. Nachweis eines positiven

Referenzschreiben der Bauherrenschaft. Erklärungen die Bestandteil von Zuschlagskriterien

sind, dürfen nicht nachgefordert werden. Nur die in der Zusatzerklärung genannten

Referenzen werden zur Wertung berücksichtigt. Änderungen in den Formularen sind nicht

zulässig. Alle geforderten Unterlagen müssen in deutscher Sprache eingereicht werden.

Sofern Bewerber/Bietergemeinschaft und/oder Unterauftragnehmer mit Eignungsleihe

vorgesehen sind, ist die Eigenerklärung mehrfach auszufüllen. Im Fall von Bewerber

/Bietergemeinschaft ist das ausgefüllte Formular zur Erklärung der Bieter

/Bewerbergemeinschaft einzureichen. Im Fall von Unterauftragnehmern (Nachunternehmer)

ist das Formular für Unteraufträge, Eignungsleihe und das Formular zur

Verpflichtungserklärung anderer Unternehmer) einzureichen. Mehrfachbeteiligungen, d. h.

parallele Beteiligung einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sind grundsätzlich

unzulässig und können zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffenen

Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren führen. Im Zweifelsfall haben die Bewerber

nachzuweisen, dass der Wettbewerb durch die Mehrfachbeteiligungen nicht beeinträchtigt

wird. Dies gilt nicht in gleicher Weise für Mehrfachbewerbungen als Nachunternehmer. Die Auflistung ist nicht abschließend.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Sonstige Eignungsbedingungen (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung (Deckungssumme von mindestens 2.000.000,- Euro für Personenschäden und mindestens 2.000.000,- Euro sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) je Schadensereignis). Kann ein entsprechender Nachweis mit Angebotsabgabe nicht vorgelegt werden, so ist eine Zusage der Versicherung beizulegen, dass im Falle der Auftragserteilung / Zuschlagserteilung eine Versicherung in der geforderten Höhe abgeschlossen werden kann und der entsprechende Nachweis unverzüglich vorgelegt wird.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Mindestanforderung: 1) Die Anzahl der Angestellten mit einem Abschluss im Bereich Tragwerksplanung liegt in den letzten 3 Jahren (2023/2024/2025) bei mind. 2 Beschäftigten pro Jahr (Inhaber und festangestellte Mitarbeitende). 2) Alle Mitglieder des Projektteams (Projektleitung, stellvertretende Projektleitung und Projektmitarbeitende) verfügen über Hoch- oder Fachhochschulabschluss, mind. Bachelor (B. A., B.Sc. oder B.Eng.) der Fachrichtung Tragwerksplanung oder eine vergleichbare Berufsqualifikation. 3) Mind. ein/eine Büroinhaber*in ist nach den Gesetzen der Länder berechtigt, die Berufsbezeichnung Ingenieur:in für Tragwerksplanung zu tragen bzw. er/sie ist berechtigt, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur:in für Tragwerksplanung tätig zu werden und ist bauvorlageberechtigt / Nachweisberechtigte(r) für Tragwerksplanung.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Einhaltung der Mindestanforderungen: Zur Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit werden die Angaben gemäß Formular Eigenerklärung zur Eignung und die Zusatzerklärung zu den Eignungs- und Zuschlagskriterien herangezogen. Sofern Bewerber /Bietergemeinschaft gebildet oder Unterauftragsverhältnisse oder Eignungsleihen vorgesehen sind, sind die Erklärungen mehrfach auszufüllen.

Mindestanforderung: Der spezifische Jahresumsatz der letzten 3 Jahre (2023/2024/2025) beträgt mindestens 200.000,- Euro brutto pro Jahr.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 01/04/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXURYDYDTQHV6RLF/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXURYDYDTQHV6RLF>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXURYYDYTQHV6RLF>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Beschreibung der finanziellen Sicherheit: gemäß Vergabeunterlagen

Frist für den Eingang der Angebote: 29/04/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 30 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: siehe Vergabeunterlagen

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Einzureichende Unterlagen: * Mit dem Angebot

** Mittels Eigenerklärung: - 4.3 EU Erklärung Unteraufträge Eignungsleihe: EU - 4.4 EU

Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen: EU - 5.3 EU Vereinbarung

Mindestanforderungen BbgVergG - 5.4 EU Vereinbarung Mindestanforderungen

Nachunternehmer Verleiher BbgVergG - Eignung zur Berufsausübung: Mindestanforderung:

1) Die Anzahl der Angestellten mit einem Abschluss im Bereich Tragwerksplanung liegt in den letzten 3 Jahren (2023/2024/2025) bei mind. 2 Beschäftigten pro Jahr (Inhaber und festangestellte Mitarbeitende). 2) Alle Mitglieder des Projektteams (Projektleitung, stellvertretende Projektleitung und Projektmitarbeitende) verfügen über Hoch- oder Fachhochschulabschluss, mind. Bachelor (B.A., B.Sc. oder B.Eng.) der Fachrichtung Tragwerksplanung oder eine vergleichbare Berufsqualifikation. 3) Mind. ein/eine Bürohhaber*in ist nach den Gesetzen der Länder berechtigt, die Berufsbezeichnung Ingenieur: in für Tragwerksplanung zu tragen bzw. er/

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: gemäß Vergabeunterlagen

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Informationen über die Überprüfungsfristen: Mit der Abgabe eines Angebotes unterliegt der Bieter/die Bieterin den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gemäß § 62 VgV. Vergaberechtsverstöße sind vom Antragsteller eines Nachprüfungsverfahrens vor der

Vergabekammer gegenüber der Vergabestelle zu rügen. Gemäß §160 (3) GWB ist ein Antrag auf ein Nachprüfungsverfahren unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. 5) Gemäß §135 (2) GWB kann eine Unwirksamkeit eines Vertrages nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Registrierungsnummer: DE138408360

Postanschrift: Allee nach Sanssouci 6

Stadt: Potsdam

Postleitzahl: 14471

Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: vergabestelle@spsg.de

Telefon: +493319694-0

Fax: +49 3319694-373

Internetadresse: <https://spsg.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Registrierungsnummer: DE138408360

Postanschrift: Allee nach Sanssouci 6

Stadt: Potsdam
Postleitzahl: 14471
Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Vergabestelle
E-Mail: vergabestelle@spsg.de
Telefon: +493319694-0
Fax: +49 3319694-373
Internetadresse: <https://spsg.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für
Wirtschaft, Arbeit und Energie
Registrierungsnummer: t:03318661719
Postanschrift: Heinrich-Mann-Allee 107
Stadt: Potsdam
Postleitzahl: 14473
Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Vergabekammer
E-Mail: Vergabekammer@MWAE.Brandenburg.de
Telefon: +49 331866-1719
Fax: +49 331866-1652
Internetadresse: <https://mwae.brandenburg.de/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des
Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

453d0add-af5d-45db-8b0d-0181806f273b-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Informationen sind jetzt verfügbar

Beschreibung

:

weitere angepasste Fristen

10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: Zuschlags-/Bindefrist: 29.05.2026 frühester Leistungsbeginn:
08.06.2026

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: d55c35b2-027e-4014-b0a2-54ef540a9e0a - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 16/04/2026 12:14:22 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 262717-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 75/2026

Datum der Veröffentlichung: 17/04/2026